

Beschlüsse der IPPNW-Mitgliederversammlung am 4. Mai 2019 in Stuttgart

Übersicht:

1. Kein militärischer Einsatz von Drohnen durch die Bundeswehr
2. Das Bundeswehrmandat für Syrien und Irak beenden
3. Den Weg der Menschen in Syrien zum Wiederaufbau unterstützen, Humanitäre Hilfe darf nicht mit politischen Bedingungen verknüpft werden.
4. Sanktionen gegen Syrien und diplomatische Ächtung beenden
5. Israel nach der Wahl – deutsche Verantwortung für den Frieden
6. Protest gegen Air Base Ramstein
7. Keine Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa
8. IPPNW fordert ein Moratorium beim Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes
9. Kündigung des Truppenstationierungsvertrages
10. Schutz von Julian Assange vor Auslieferung an die USA
11. Sichtbar machen und Reduzieren des CO₂-Fußabdrucks der IPPNW

1. Kein militärischer Einsatz von Drohnen durch die Bundeswehr

Die Mitgliederversammlung der deutschen Sektion der IPPNW fordert von der Bundesregierung:

- Keine Ausrüstung der Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen!
- Eine umfassende politische und gesellschaftliche Diskussion zum Thema Drohnenkriegsführung und autonome Waffensysteme
- Die Beendigung des Leasingvertrages über fünf bewaffnungsfähige Drohnen des Typs Heron TP mit der ADAS (Airbus Defence & Space Airborne Solutions) und dem israelischen Hersteller IAI (Israeli Aerospace Industries) sowie der Ausbildung von Bundeswehrsoldat*innen durch das israelische Militär in Israel
- Den Stopp der Entwicklung der gemeinsamen „Eurodrohne“ mit anderen europäischen Ländern
- Das Engagement Deutschlands für ein völkerrechtliches Verbot von militärisch genutzten Drohnen

Begründung:

„Über die Beschaffung von Bewaffnung wird der Deutsche Bundestag nach ausführlicher völkerrechtlicher, verfassungsrechtlicher und ethischer Würdigung gesondert entscheiden“. So steht es im Koalitionsvertrag. Diese versprochene Würdigung der ethischen und juristischen Argumente darf nicht fernab der Öffentlichkeit, sondern muss im Rahmen einer mehrtägigen öffentlichen Debatte im Plenum des Bundestages stattfinden. Zudem ist die Anhörung von Sachverständigen und Betroffenen unbedingt erforderlich. Die abschließende Abstimmung im Bundestag zur Frage der Bewaffnung von Drohnen muss eine namentliche Gewissensabstimmung sein.

Drohnen werden in der Offensive eingesetzt und senken die Hemmschwelle zur Gewaltausübung. Sogenannte Assistenzsysteme, automatisierte Abläufe und verkürzte Reaktionszeiten fördern die Automatisierung. Am Ende könnte eine autonome Drohne ohne Fremdsteuerung stehen, die anhand bestimmter Kriterien über Leben und Tod entscheidet.

Die Drohne Heron TP (Heron für Reiher und TP für Turboprop) ist für den Übergang gedacht. Ab 2025 soll auf die „Eurodrohne“ umgestiegen werden, ein Projekt der deutschen, französischen, italienischen und spanischen Regierungen. Die Realität in Ländern, in denen viele Drohneneinsätze stattfinden, spricht dagegen, dass Terrorismus durch Drohnen besiegt werden könnte. Dazu braucht es vielmehr globale Gerechtigkeit und präventive Maßnahmen.

Schon heute ist Deutschland am Einsatz von bewaffneten Drohnen beteiligt: Die Drohneneinsätze der USA im Nahen und Mittleren Osten, im Jemen und in Nordafrika werden per Datenverbindung über die Luftwaffenbasis in Ramstein/Rheinland-Pfalz gesteuert.

Für die deutsche IPPNW als medizinischer Friedensorganisation stehen die humanitären Folgen von Drohneneinsätzen im Fokus. Die psychischen und sozialen Folgen von Drohneneinsätzen gehen weit über die (zivilen) Todesopfer, die gesundheitlichen Folgekosten und die materiellen Schäden für Existenzsicherung, Gesundheitswesen und Bildungseinrichtungen hinaus. Darüber hinaus führt die permanente Beobachtung durch jederzeit einsatzbereite Drohnen zu erheblichen psychischen Belastungen für die betroffene Bevölkerung.

Die Folgen der nie endenden Bedrohung bilden eine Hypothek für die kommenden Generationen. Viele Kinder empfinden ständige Angst und sind gezwungen „gefährliche“ Orte wie die Schule, andere Ansammlungen von Menschen, aber auch „auffälliges“ Verhalten zu vermeiden. Sie können ihre Individualität nicht entfalten und erleben stattdessen eine ohnmächtige Wut gegen einen unsichtbaren Feind.

Es kann zudem noch nicht abgeschätzt werden, wie sich diese Form der entfernten Kriegführung auf die psychische Verfassung des Drohnenpersonals auswirken wird. Wir sehen einerseits die Gefahr, dass sich die Hemmschwelle zu töten durch die Distanz zu dem Kriegsgeschehen verschiebt. Auf der anderen Seite werden erhebliche Belastungen und psychische Störungen durch die intensive Beobachtung der Opfer vor und nach der Tötung sowie durch das parallele Leben sowohl im zivilen Alltag als auch im Krieg beschrieben.

Der Einsatz militärischer Drohnen birgt große Gesundheitsgefahren für die betroffenen Bevölkerungen und muss schnellstmöglich beendet werden. Auch die Gesundheitsgefahren für das Drohnenpersonal dürfen nicht außer acht gelassen werden.

Weiterführend sollte sich die Bundesregierung für ein völkerrechtliches Verbot von Kampfdrohnen einsetzen.

Weitere Informationen finden sich in dem IPPNW-Report „Die humanitären Folgen von Drohnen – Eine völkerrechtliche, psychologische und ethische Betrachtung“.

2. Das Bundeswehrmandat für Syrien und Irak beenden

Die medizinische Friedensorganisation IPPNW fordert weiterhin die Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr in Syrien und im Irak. Jede militärische Einmischung bringt weder Frieden noch Demokratie. Das Bundeskabinett hat bereits im Oktober 2018 die Beendigung der Bereitstellung von Tornado-Kampfflugzeugen zur Aufklärung in Syrien und im Irak sowie die Luftbetankung von Maschinen der internationalen Anti-IS-Koalition zum 31. Oktober 2019 beschlossen. Der deutsche Beitrag „zur umfassenden Stabilisierung Iraks durch die Beteiligung am Fähigkeitsaufbau („capacity building“) der regulären irakischen Streit- und Sicherheitskräfte im Rahmen des Gesamtansatzes der internationalen Anti-IS-Koalition“ soll zum 30. April 2019 überprüft werden.

Wir begrüßen den Abzug aller Truppen in Absprache mit staatlichen und anderen Akteur*innen in Syrien insbesondere mit den zivilen Institutionen und Gruppen. Auch ein Truppenabzug ist eine Aufgabe für die Diplomatie und Gespräche auf Augenhöhe. Insbesondere muss Deutschland alle zur Verfügung stehenden diplomatischen Mittel einsetzen, um eine militärische Intervention der Türkei zu verhindern.

Daher fordert die IPPNW von der deutschen Bundesregierung

- Beendigung des Bundeswehreinsatzes
- Beendigung aller Rüstungsgeschäfte mit den Ländern des Nahen Ostens
- Beendigung der militärischen Zusammenarbeit mit allen am Krieg beteiligten Kräften.

- Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur syrischen Regierung und die Suche nach dem Gespräch mit allen Konfliktparteien mit dem Ziel inklusiver und umfassender Friedensverhandlungen unter UN-Leitung

3. Den Weg der Menschen in Syrien zum Wiederaufbau unterstützen Humanitäre Hilfe darf nicht mit politischen Bedingungen verknüpft werden.

Krieg und Terror müssen durch Diplomatie und Verhandlungen sowie durch gute und gerechte Lebensbedingungen überwunden werden. Die Verweigerung des Gesprächs (z.B. durch den Abbruch diplomatischer Beziehungen), die Belastung der Bevölkerung durch Sanktionen, der Ausschluss von relevanten Gruppen und Teilen der Bevölkerung von Friedensverhandlungen und die Unterstützung einer Kriegspartei sind destruktiv für die Sache des Friedens. Dabei müssen die Bürgerrechte, Menschenrechte und das Recht, den eigenen Weg zu suchen, geachtet werden. Wiederaufbauhilfe darf nicht mit Forderungen nach einer bestimmten Variante demokratischer Staatsformen oder nach einer bestimmten Regierung verknüpft werden.

Daher fordert die IPPNW von der deutschen Bundesregierung

- Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zur syrischen Regierung und die Suche nach dem Gespräch mit allen Konfliktparteien mit dem Ziel inklusiver und umfassender Friedensverhandlungen vorzugsweise unter UN-Leitung
- Beendigung aller Sanktionen, die das humanitäre Leid der Zivilbevölkerung verschlimmern
- Unterstützung von Versöhnungs- und Entfeindungsprogrammen
- Unterstützung von Demokratieprojekten und gewaltfreiem Engagement von syrischen Bürger*innen; Die EU soll entsprechende Projekte langfristig und ohne Vermischung mit militärischen Elementen fördern. Wenn sich die EU aus finanziellen Gründen zurückzieht, soll Deutschland eine Finanzierung prüfen.
- Vorbereitung und Schaffung der Voraussetzungen für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO), in Anlehnung an die erfolgreiche Arbeit der KSZE zur Befriedung Europas
- Unterstützung von Ausstiegsprogrammen für ehemalige IS-Kämpfer*innen sowie Kämpfer*innen anderer bewaffneter Gruppen und Milizen.
- Deutsche Staatsbürger*innen müssen unverzüglich wieder in die BRD zurückgeholt werden und hier für ihre Taten zur Verantwortung gezogen werden.
- Nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern der Region durch ausreichende finanzielle Unterstützung der UN-Flüchtlingsarbeit und die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland
- Humanitäre und wirtschaftliche Unterstützung im Interesse der syrischen Bevölkerung und unabhängig von Eigeninteressen

4. Sanktionen gegen Syrien und diplomatische Ächtung beenden

Aus der Kenntnis von der beispiellosen Zerstörung des Landes (500.000 Tote, 12 von 22 Millionen Menschen geflohen, Zerstörung von Wirtschaft, Bildungs- und Gesundheitssystem sowie Fragmentierung der vormals multikulturellen Gesellschaft) und von der weitreichenden Verantwortung der „westlichen Wertegemeinschaft“ für den dafür ursächlichen Krieg fordert die Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung (Friedensnobelpreis 1985 und Friedensnobelpreis für die Tochterorganisation ICAN 2017) die Sanktionen gegen das Land und seine

diplomatische Ächtung endlich zu beenden, ebenso jede andere offene oder versteckte Weiterführung des Krieges. Denn die Sanktionen treffen vor allem die Zivilbevölkerung und haben, insbesondere in einem derart zerstörten Land, den Charakter einer Massenvernichtungswaffe.

Und die Fortführung der diplomatischen Ächtung bedeutet die Fortsetzung der Dämonisierung des Landes, wodurch eine beständige Bedrohung durch neue innere und äußere Gewalt aufrecht erhalten wird. Dies untergräbt Stabilität und Sicherheit für die Menschen nachhaltig und verhindert somit die Rückkehr von Hunderttausenden geflohener Menschen, die das Land dringend zum Wiederaufbau braucht. Das Land hat eigentlich Anspruch auf Reparationen. „Wiederaufbau-Hilfe“ muss an das ganze Land geleistet werden und darf nicht als „Trojanisches Pferd“ missbraucht werden, nämlich für die Fortführung westlicher Interessenpolitik, die die Fragmentierung des Landes und damit faktisch den Krieg gegen seine Menschen versteckt fortsetzt.

5. Israel nach der Wahl – deutsche Verantwortung für den Frieden

Aus der Überzeugung, dass der Nahost-Konflikt eine der zentralen Gefahrenherde für den Weltfrieden darstellt,
dass nur eine Verhandlungslösung zwischen Israel und den Palästinensern zu einem gerechten Frieden und einer friedlichen Zukunft für beide führen kann,
dass in diesem Konflikt wie in anderen auch Völkerrecht und Menschenrechte die Richtschnur sind und gewalttätige Mittel nicht zum Einsatz kommen dürfen,

fordern wir von der Bundesregierung als derzeitigem Mitglied des UN-Sicherheitsrates und als wichtigem EU-Mitgliedsstaat und von der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini,

- sich für einen tragfähigen Frieden einzusetzen, der die Positionen beider Konfliktparteien respektiert und für beide annehmbare Kompromisse enthält.
 - bei allen Verhandlungen und Vorschlägen zur Konfliktlösung auf die Einhaltung der Prinzipien des Völkerrechts zu bestehen,
 - sich für die Anerkennung des Grundrechts der arabisch-palästinensischen BürgerInnen in Israel auf vollwertige Staatsbürgerschaft durch Israel einzusetzen
- bis zum Erreichen einer solchen Friedenslösung,
- darauf zu dringen, dass die israelischen Siedlungen im besetzten Westjordanland und Ostjerusalem weiterhin als völkerrechtlich illegal definiert bleiben,
 - ausdrücklich festzustellen, dass Ostjerusalem, das Westjordanland, Gaza und der Golan nicht zum israelischen Staatsgebiet gehören,
 - sich für die Entwicklung einer gerechten Lösung für die palästinensischen Flüchtlinge auf der Grundlage bestehender UN-Resolutionen einzusetzen,
 - sich für die Aufhebung der Blockade des Gaza-Streifens zu engagieren.

Begründung:

Nach den Wahlen im April hat der israelische Präsident Reuven Rivlin Benjamin Netanjahu mit einer Regierungsbildung beauftragt. Nach derzeitigem Stand wird es wohl wieder eine rechtsnational-religiöse Regierung sein, die allen Hoffnungen auf Fortführung eines Friedensprozesses mit den Palästinensern den Boden entzieht. Im Gegenteil: Nachdem bereits im Frühjahr der Siedlungsbau von weiteren mehreren tausend Wohneinheiten genehmigt worden war, hat Netanjahu bereits vor der Wahl angekündigt, die C-Gebiete im Westjordanland rund um die mehr als 200 illegal errichteten Städte, die verharmlosend Siedlungen genannt werden, zu annektieren. Das wären ca. 60 % des Westjordanlandes. Damit würde das

Land, das dem zukünftigen palästinensischen Staat zur Verfügung stehen könnte, in einzelne voneinander getrennte Enklaven zerteilt.

Die Lebensbedingungen unter der Besatzung werden in allen Lebensbereichen immer schwieriger und die Entrechtung der Menschen schreitet weiter voran. Mit dem vor kurzem verabschiedeten Nationalstaatsgesetz werden nicht-jüdische Menschen in Israel zu Bürger*innen zweiter Klasse degradiert und insbesondere die arabische Sprache, Kultur und nationale Selbstbestimmung der des jüdischen Volkes untergeordnet. Ministerpräsident Netanjahu sagte sogar kürzlich, dass Israel nicht der Staat aller Bürger sei, sondern nur der des jüdischen Volkes. Damit hat sich die israelische Regierung von demokratischen Prinzipien verabschiedet.

Eine unkritische Unterstützung der derzeitigen israelischen Regierungspolitik würde weiter Öl ins Feuer dieses Brandherdes gießen und dient weder den Interessen der israelischen noch der palästinensischen Menschen in der Region.

Daher sollten die deutsche Regierung und die EU der aktuellen US-Politik eine eigenständige Politik entgegen setzen. Deutsche und europäische Verantwortung bedeutet aktuell und vor dem historischen Hintergrund: keine Waffenlieferungen und militärische Zusammenarbeit, kein Wegsehen vor der Besatzungsrealität und auch keine Unterbindung von kritischer und kontroverser Auseinandersetzung. Stattdessen sollte sie politische und zivilgesellschaftliche Kräfte in Israel/Palästina unterstützen, die sich für einen gerechten Frieden einsetzen.

Es gibt gute Initiativen für eine eigenständige – von der US-amerikanischen Politik unabhängige - europäische und deutsche Nahost-Politik, z.B. aus der Stiftung Wissenschaft und Politik oder von ehemaligen EU-Außenministern.

Deutschland als „besonderer Freund“ Israels sollte nach den oben genannten Prinzipien eine energische Vorreiterrolle für einen gerechten Frieden spielen.

6. Protest gegen Air Base Ramstein

IPPNW Deutschland unterstützt die Teilnahme an Protesten gegen die pfälzische Luftwaffenbasis der US-Army in Ramstein vom 23. bis 30. Juni 2019 und ruft zur Teilnahme auf.

Begründung:

Die Air Force Basis Ramstein ist zentrale Drehscheibe für meist völkerrechtswidrige Militärinterventionen im Nahen und Mittleren Osten. Sie ist außerdem zentrale Relais-Station für mörderische Drohnenangriffe. Michael Lüders, Nah- und Mittel-Ost-Experte zur Situation im Jemen: „Drohnen kreisen ständig insbesondere über dem Süden und haben bisher Hunderte getötet. ...in den allermeisten Fällen kosten sie unschuldige und ahnungslose Dorfbewohner das Leben.“

Diesen „extralegalen Hinrichtungen“, von Ramstein aus offensichtlich mit Zustimmung der Bundesregierung gesteuert, müssen wir entgentreten.

7. Keine Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa

Nach dem Aussetzen des INF-Vertrages durch die USA und Russland fordert die IPPNW Deutschland die Bundesregierung auf, die Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen in Deutschland dauerhaft auszuschließen.

Darüber hinaus fordert die deutsche IPPNW die Bundesregierung auf, sich innerhalb der EU für ein neues Abkommen zwischen Russland, den USA, sowie den Mitgliedern von EU und NATO einzusetzen. Dieses soll die Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen sowie Raketenabwehrsysteme in Europa verbieten, unabhängig vom Trägersystem. Europa bezieht sich hierbei nicht nur auf die EU, sondern auf alle Staaten des Kontinents – inklusive Russland.

Auf deutscher und europäischer Ebene sollen IPPNW-Mitglieder diesen Vorschlag öffentlich bekannt machen und über die Gefahren eines neuen Wettrüstens für Umwelt und Gesundheit aufklären.

Begründung

Der INF-Vertrag wurde von beiden Vertragsparteien ausgesetzt, nachdem 2003 schon der ABM-Vertrag von den USA aufgekündigt worden war. Bundesaußenminister Maaß hat mehrmals deutlich zu verstehen gegeben, dass die Bundesregierung nicht daran glaubt, den INF-Vertrag in der jetzigen Form retten zu können. Die USA und Russland zeigen kein Interesse, ihn beibehalten zu wollen. Beide Atomwaffenstaaten modernisieren ihre Atomwaffenstreitkräfte im großen Stil und entwickeln neue Atomwaffen sowie konventionellen Waffensystemen mit kurzen und mittleren Reichweiten. Es droht in Europa ein Wettrüsten wie zur Zeit des NATO-Doppelbeschluss 1979.

Die IPPNW setzt ihren Fokus auf das baldmöglichste Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags, also die formelle völkerrechtliche Ächtung von Atomwaffen. Zu diesem Zweck fordert die IPPNW, dass auch die Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner sich dem Vertrag anschließen. Gleichzeitig widmet sich die IPPNW ihrer Gründungsmission - der Verhinderung eines Atomkrieges. Durch die Aufkündigung des ABM- und des INF-Vertrages hat sich das atomare Wettrüsten erneut verschärft – vor allem in Europa. Mehr noch als strategische Langstreckenraketen erhöhen Kurz- und Mittelstreckenraketen das Risiko der atomaren Kriegsführung erheblich und müssen daher dringend durch multilaterale Vertragswerke verboten werden. Daher gilt es jetzt, alternative Vorschläge zu unterbreiten, wie eine neue Rüstungsspirale frühzeitig unterbunden und eine neue Entspannungspolitik angestoßen werden kann.

Die IPPNW fordert, dass sich die EU als Vorreiter für Abrüstungsinitiativen positioniert. Innerhalb der EU soll mit gutwilligen Partnern eine gesamteuropäische Initiative zur Verhinderung eines atomaren Wettrüstens in Europa als globales Vorbild vorangebracht werden. Auf deutscher und europäischer Ebene sollen IPPNW-Mitglieder diesen Vorschlag öffentlich bekannt machen und über die Gefahren eines neuen Wettrüstens für Umwelt und Gesundheit aufklären.

8. IPPNW fordert ein Moratorium beim Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes

Die medizinisch-biologische Bewertung von elektromagnetischen Feldern wird bis heute wissenschaftlich kontrovers diskutiert. Gleichwohl hat der Expertenausschuss der Internationalen Krebsagentur (IARC) aufgrund neuer Studien eine Höherbewertung seiner bisherigen Einstufung („möglicherweise krebserregend“) auf „krebserregend“ angeregt. Es geht dabei auch um den Streit, wie viel an elektromagnetischer Strahlung eine Gesellschaft aus industriepolitischen Gründen heraus ertragen muss.

Als Ärzte in sozialer Verantwortung fordern wir die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen und die gesundheitlichen, ökologischen, aber auch gesellschaftlichen Auswirkungen der 5G-Technologie zu untersuchen und zu diskutieren – bevor diese flächendeckend eingesetzt wird!

Als Ärzte setzen wir uns für Vorsorge und Prävention gegenüber gesundheitlichen Gefahren ein. Deshalb fordern wir ein Moratorium beim Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes.

Begründung:

Es ist geplant, den neuen Mobilfunkstandard 5G mit einer unüberschaubaren Anzahl an neuen Sendeanlagen flächendeckend auszubauen. Aufgrund des höheren benutzten Frequenzbereiches (3,5 – 3,7 GHz und geplant 24-86 GHz) können mit dieser Technologie zwar mehr Daten für die „vernetzte digitale Zukunft“ (u.a. Autonomes Fahren, Internet der Dinge, Smart Grid, Smart City) transportiert werden, die Sendeanlagen haben aber eine deutlich verkürzte Reichweite, wodurch die elektromagnetische Strahlenbelastung der Umwelt weiter ansteigen wird.

- Die Mobilfunk-Technologie steht im dringenden Verdacht, unsere Gesundheit zu schädigen. Hochfrequente elektromagnetische Felder werden seit 2011 von der Internationalen Krebsagentur (IARC) als möglicherweise krebserregend eingestuft (Klasse 2B) und mit der Gefahr durch Benzindämpfen, Chloroform und dem Pflanzengift DDT gleichgesetzt. Es mehren sich die Hinweise, dass mit diesen Technologien ernste Gesundheitsprobleme einhergehen: Internationale Wissenschaftler fordern auf Grund neuer Studien die Höherstufung in "Krebs erregend" – selbst der beratende Experten-Ausschuss der IARC regte diese Neueinschätzung bei einem Treffen am 22.4.19 an (1). Weiter sind Gefährdungen der Fruchtbarkeit sowie die bei Strahlensensibilität bestehenden Konzentrations- und Schlafstörungen in der wissenschaftlichen Diskussion (2,3,4). Die Regierung fördert unbeirrt den Ausbau des Mobilfunks. Eine Technikfolgenabschätzung fand bislang nicht statt.
- Die im Zuge der neuen 5G-Technologie beginnend mögliche Vision der Vernetzung und Steuerung aller gesellschaftlichen Vorgänge im Sinne einer totalen Transparenz ist missbrauchbar und gefährdet direkt die demokratische Teilhabe.
- Die neue Technologie wird zur weiteren Steigerung des Energiebedarfs aufgrund der hierfür notwendigen Kapazitätserhöhung der Datenspeicherung beitragen – mögliche Energie-Einsparpotenziale durch Effizienzgewinne werden verpuffen. Die Klimaerwärmung wird dadurch weiter beschleunigt, ebenso der Verbrauch an sog. kritischen Rohstoffen.
- Die digitale Transformation der Städte und die Kommunikations-Infrastruktur sind Teil der digitalen Aufrüstung der Bundeswehr. Der geplante Einsatz der Künstlichen Intelligenz im Militär braucht als Basis ein vernetztes Gefechtsfeld, aus dem alle Daten militärisch ausgelesen werden. Das in Munster stationierte deutsch-französische Panzerlehrbataillon 93 soll als „Testeinheit“ diese Vision umsetzen.

Die 5G-Kommunikationstechnologie bietet der Industrie ungeahnte wirtschaftliche Möglichkeiten und für die Konzerne Milliarden Profite.

Wir schließen uns der Moratoriums-Forderung der Städte Genf, Florenz und Brüssel sowie der Abteilung für Umweltmedizin und -hygiene der Medizinischen Universität Wien an.

Literaturhinweise:

(1) IARC Urged To Revisit RF Risk, 22.04.19, <https://microwavenews.com/short-takesarchive/iarc-urged-reassess-rf>

(2) McClelland S, Jamboin JJ 2018: *The Radiation Safety of 5G-Wi-Fi: Reassuring or Russian Roulette?* *International Journal of Radiation Oncology, Biology, Physics* 101 (5), 1274; <https://doi.org/10.1016/j.ijrobp.2018.04.051>. .

(3) Isabel Wilke: „Biologische und pathologische Wirkungen der Strahlung von 2,45 GHz auf Zellen, Fruchtbarkeit, Gehirn und Verhalten.“ In „*umwelt-medizin-gesellschaft*“ Heft 1 / 2018. Studienrecherche.

(4) *Mobilfunkstrahlung und Krebs: Die Ergebnisse der NTP-Studie und die Gesamtstudienlage, Ein Kommentar von L. Hardell, M. Carlberg und L. Hedendahl, 9/2018, www.diagnosefunk.org/publikationen/artikel/detail&newsid=1397.*

9. Kündigung des Truppenstationierungsvertrages

Die IPPNW fordert von der Bundesregierung, den Truppenstationierungsvertrag von Seiten Deutschlands zu kündigen.

Begründung:

Die IPPNW wehrt sich im Bündnis mit anderen Friedensorganisationen seit Jahren gegen die Stationierung von Atomwaffen in Büchel, gegen die Kriegsdrehscheibe in Ramstein auch als Drohnen-Relaisstation, gegen die NATO-Kommandozentrale in Kalkar sowie gegen die Kriegsbefehlszentralen EUCOM und AFRICOM. Etwa 35.000 US-Soldaten sind in Deutschland stationiert. Sie führen von deutschem Boden aus Kriege, tödliche Drohneinsätze und sichern die Aufrechterhaltung einer Politik der Absicherung durch Konfrontation.

Mit moralischen Appellen stoßen wir auf taube Ohren. Es ist Zeit für rechtliche Forderungen im Einklang mit unserem Grundgesetz und mit dem Völkerrecht.

Der Vertrag zwischen Deutschland, USA und Großbritannien über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der BRD von 1954, der 1990 ohne öffentliche Diskussion verlängert wurde, enthält die Klausel, ihn mit einer Frist von 24 Monaten kündigen zu können.

Dies sollte endlich eine logische, rechtsbasierte Forderung der Friedensbewegung werden, alle militärischen Einrichtungen der USA und der NATO in unserem Land aufzulösen. Dies würde ebenfalls unserer vollen Souveränität entsprechen und zu Gute kommen. Die Eskalation der gegenseitigen Bedrohung mit modernisierten Atomwaffen wächst nach Aufkündigung des INF-Vertrages weiter. Mit konkreten Schritten müssen wir die Öffentlichkeit über die Gefahren und politischen Auswege aufklären.

Da die IPPNW mit der Kampagne Stopp Air Base Ramstein eng verbunden ist, ist die klare Positionierung auch der IPPNW zur Kündigung des Truppenstationierungsvertrages unseres Erachtens ein Selbstgänger. Heißt es doch in deren Newsletter 2/2019 schon in der Überschrift:

Drohnenkriege beenden heißt Truppenstationierungsvertrag kündigen.

Ausdrücklich ist die deutsche IPPNW aufgerufen zur Unterstützung für die Aktionswoche gegen die Air Base Ramstein vom 23. bis 30. Juni 2019 und zur Teilnahme.

10. Schutz von Julian Assange vor Auslieferung an die USA**Die Mitgliederversammlung der Deutschen IPPNW-Sektion beschließt:**

Als Chefredakteur von Wikileaks und durch die Veröffentlichung von Whistleblower-Informationen über schwere Kriegsverbrechen hat Julian Assange größte friedenspolitische Bedeutung. Die nordirische Friedensnobelpreisträgerin Mairead Maguire hat ihn mit Schreiben vom 8. Januar 2019 an das Friedensnobelpreis-Komitee für den Friedensnobelpreis 2019 vorgeschlagen.

Die Durchführung seiner von den USA geforderten Auslieferung und Anklage wegen „Verschwörung“ (Veröffentlichung von Pentagon-Dokumenten) wäre ein schwerer Schlag gegen die Friedensbewegung und hätte einen massiv abschreckenden Effekt auf PublizistInnen und JournalistInnen, Kriegsverbrechen öffentlich zu machen. Außerdem ist unklar, ob nicht nach Auslieferung die Anklage erweitert werden und Assange die Todesstrafe drohen könnte.

Diese Auslieferung darf daher auf keinen Fall erfolgen, Assange muss mit allen der Friedensbewegung zu Gebote stehenden Mitteln davor geschützt werden. Die deutsche IPPNW-Sektion beteiligt sich an den entsprechenden Anstrengungen zahlreicher namhafter Persönlichkeiten und Organisationen (wie etwa unserer Schwesterorganisation IALANA-Deutschland).

11. Sichtbar machen und Reduzieren des CO2-Fußabdrucks der IPPNW

Wir beantragen, dass die IPPNW in ihren Projekten und der täglichen Arbeit ihren CO2 Fußabdruck berücksichtigt und wenn möglich, veröffentlicht. Jedes bestehende und neu hinzukommende Projekt soll hinsichtlich seines CO2 Ausstoßes bewertet werden. Die Kriterien dazu sollen entwickelt und allen Mitgliedern, Orts- und Studierendengruppen zur Verfügung gestellt werden. Lösungsvorschläge und Konzepte sollen ebenfalls entwickelt und geteilt werden, um Entscheidungshilfen bereit zu stellen.

Begründung:

Wir als IPPNW sehen eine große Gefahr für die Menschheit und den Frieden in der Klimakatastrophe und den daraus resultierenden Folgen. Wir unterstützen das Abkommen von Paris und wollen bei uns selbst anfangen, zu CO2 Neutralität zu gelangen. Als Ärztinnen und Ärzte wollen wir vor den Folgen der Klimakatastrophe warnen und über diese aufklären. Um unsere politischen Aktivitäten zu unterstützen und als Organisation den bestmöglichen Beitrag zur Reduzierung von CO2-Emissionen zu leisten wollen wir bei uns anfangen. Es besteht natürlich bereits eine hohe Bereitschaft und auch Umsetzung von klimafreundlichen Reisen, Projekten und Engagement. Eine festgeschriebene Überprüfung eines jeden Projektes wird dennoch zu noch weiteren Reduktionen führen können.